

Beschluss vom
Kreisverbandsausschuss
der Jungen Union im Kreis Plön
am 17.10.2004
im Kornspeicher in Preetz

Bildungspolitik für Schleswig-Holstein

1 Seit PISA und IGLU wissen wir, dass die Bildung in Schleswig-Holstein im internationalen,
2 aber auch im nationalen Vergleich Defizite aufweist. Auch die im September 2004
3 veröffentlichte OECD-Studie bestätigte diese Ergebnisse.

4 Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN will Wege aufweisen, wie das Land aus der in 16 Jahren
5 rot-grüner Landespolitik angewachsenen Bildungsmisere herauszuführen ist.

6 7 **Grundschulen**

8 Ein großes Problem der Grundschulen besteht darin, dass immer mehr Kinder nicht die für
9 die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht erforderlichen Deutschkenntnisse besitzen. Es
10 ist daher notwendig, bereits ein Jahr vor der Einschulung einen Sprachtest für alle Kinder
11 durchzuführen, um schon im Vorfeld mit staatlichen, verpflichtenden Sprachkursen das
12 Fundament für einen erfolgreichen Schulbesuch legen zu können.

13 Nur so ist nach Ansicht der JUNGEN UNION IM KREIS PLÖN zu gewährleisten, dass der
14 Lernerfolg ganzer Klassen nicht behindert wird und zu verhindern, dass einzelne Schüler
15 dem Unterricht schon aus sprachlichen Gründen nicht folgen können.

16 In der 2. Schulklasse sollte zusätzlich zu der schriftlichen Beurteilung eine Benotung der
17 Schüler stattfinden. Ab der 3. Klasse sollten nur noch Notenzeugnisse vergeben werden.
18 Entwicklungsberichte sollten nur noch für gefährdete Schüler erstellt werden. Nach
19 Ansicht der JUNGEN UNION IM KREIS PLÖN ist das Leistungsprinzip schon ab dieser
20 Klassenstufe geeignet, um Kindern Lernanreize zu geben und Eltern die Möglichkeit zu
21 bieten, sich frühzeitig ein objektives Bild von der schulischen Leistung ihrer Kinder zu
22 machen.

Übergang zu weiterführenden Schulen

Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN spricht sich für die Beibehaltung der vierjährigen Grundschule sowie des dreigliedrigen Schulsystems aus. Durch eine frühzeitige Benotung ab der 2. Schulklasse ist die 5. Klasse der richtige Zeitpunkt, um Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend besser zu fördern.

Benotete Prüfungen im ersten Halbjahr der vierten Schulklasse sollen zur Grundlage für die Empfehlung auf eine weiterführende Schule werden. Die finale Entscheidung bleibt bei den Erziehungsberechtigten.

Des Weiteren muss auch noch in den weiterführenden Schulen Durchlässigkeit auch nach oben gegeben sein. Ein Schüler, dessen Leistungen die Anforderungen einer Schule übertreffen, muss also auch noch die Möglichkeit haben, den Schultyp unbürokratisch zu wechseln. Um dies zu gewährleisten sind die Lehrpläne der verschiedenen Schultypen in der Orientierungsstufe in der Reihenfolge der zu bearbeitenden Themen entsprechend anzugleichen.

Hauptschulen

Es ist eine Aufwertung des Hauptschulabschlusses erforderlich. Ein Schulabschluss, mit dem sich kaum noch ein Ausbildungsplatz finden lässt, hat keine Daseinsberechtigung.

Um den Hauptschulabschluss auch für Firmen wieder attraktiver zu machen, fordert die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN die Einführung von Abschlussprüfungen in Hauptschulen, die dem Muster des Realschulabschlusses folgen. Nur so ist für Ausbildungsbetriebe gewährleistet, dass Auszubildende mit Hauptschulabschluss erforderliche Grundqualifikationen besitzen. Das freiwillige 10. Hauptschuljahr bietet eine gute Möglichkeit, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. An diesem Angebot sollte festgehalten werden.

Darüber hinaus fordert die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN, vorrangig Hauptschulen bei der Einrichtung von Ganztagschulen mit staatlichen Fördergeldern zu unterstützen. Gerade in Hauptschulen führen häufig komplizierte Familienverhältnisse und ein schwieriges soziales Umfeld zu schlechten Schulleistungen. Diesem Problem ist durch zusätzliche außerschulische Angebote wie Arbeitsgemeinschaften sowie Hausaufgabenbetreuung am effizientesten entgegenzutreten.

Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN fordert weiterhin verstärkt männliche Lehrkräfte in Hauptschulen einzustellen. Gerade für Jungen in einem schwierigen Umfeld ist es wichtig,

neben weiblichen auch männlichen Respektpersonen und Vorbildern zu begegnen. Dies ist in Schulen mit einem Lehrerinnenanteil von bis zu 90 % nicht zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte in Schulen mit einem Anteil an weiblichen Lehrkräften von mehr als 50 % die Gleichstellungsbeauftragte entfallen. Die so eingesparten Stunden können wieder dem Unterricht zu gute kommen.

Gymnasien

Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN spricht sich für die flächendeckende Einführung eines Zentralabiturs nach 12 Schuljahren aus. Dabei ist der jetzige 11. Jahrgang abzuschaffen. Für schwächere Schüler sollte in den Sommerferien nach der 10. Klasse ein Wiederholungs- und Vertiefungsangebot im Umfang von 2 Wochen geschaffen werden. Das Erlangen des Abiturs über ein Fachgymnasium in 3 Jahren sollte beibehalten werden. Das Zentralabitur gewährleistet, dass die Leistungen an verschiedenen Gymnasien besser vergleichbar sind. Gerechtigkeitsprobleme, die bisher darin bestanden, dass verschiedene Lehrkräfte unterschiedlich zielgerichtet auf die beim Ministerium eingereichten Abiturprüfungen vorbereitet haben, wären damit behoben. Die damit zu erreichende verbesserte Transparenz und Vergleichbarkeit bringt auch ein Mehr an Gerechtigkeit bei der Vergabe von Studienplätzen sowie eine gesunde Wettbewerbssituation zwischen Schulen mit sich.

Berufliche Schulen

Über Jahrzehnte hinweg bot das duale Ausbildungssystem alles, was für eine gute Berufsausbildung nötig war. Heute jedoch verändern sich die Ansprüche an Berufsausbildung.

Nicht nur neue Berufsbilder und -anforderungen, sondern auch der Ausbildungsstand junger Menschen ist eine Herausforderung für die Institution Berufsschule. Die Gesellschaft als Ganzes ist in der Verantwortung, diesen Problemen zu begegnen und bei der Lösung zu helfen.

Ziel muss sein, junge Menschen so auszubilden, dass sie auch im Wettbewerb mit Arbeitskräften aus dem Ausland bestehen können, denn dies ist nahezu in allen Bereichen der Fall. Wirtschaft und Politik sind hier gleichermaßen gefordert.

87 *Ausbildung findet dort statt, wo es Ausbildungsplätze gibt.*

88 Dies nützt nicht nur jungen Menschen, sondern auch der Wirtschaft. Sie hat bei der dualen
89 Berufsausbildung wie bei keinem anderen System die Möglichkeit jungen Menschen
90 betriebsspezifische Besonderheiten näher zu bringen. Auch in Zeiten einer schwachen
91 Konjunktur sind Wirtschaftstreibende gefordert, ihrer Verantwortung gegenüber der
92 jungen Generation gerecht zu werden. Betriebspraktika sind eine gute Möglichkeit, jungen
93 Menschen die Arbeitswelt näher zu bringen, sofern aus betriebsbedingten Gründen
94 Ausbildung nicht möglich ist. Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN fordert die Wirtschaft
95 auf, sich dieser Verantwortung zu stellen.

96

97 *Ausbildung findet dort statt, wo Lehrer für Schüler da sind.*

98 Verantwortungsvolle Bildungspolitik heißt, dass eine Berufsschule so viele Lehrer hat, wie
99 sie tatsächlich benötigt. Seit Jahren steigt die Zahl der Schüler in Berufsfachschulen. An
100 dem Verteilungsschlüssel für Lehrer hat sich jedoch nichts geändert.. Berufsfachschulen
101 liefern gerade in konjunkturell schwachen Zeiten einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge
102 Menschen eine Ausbildung erhalten. Die Stellenanzahl der Lehrer an einer Berufsschule
103 muss sich also künftig an dem tatsächlichen Stundenbedarf der Schule orientieren Nur
104 Berufschüler in der dualen Berufsausbildung zu berücksichtigen ist falsch und fern von der
105 Realität.

106

107 *Ausbildung findet dort statt, wo Menschen leben.*

108 Die Einrichtung von Bezirksfachklassen ist angesichts eingeschränkter Mittel sinnvoll. Die
109 Tendenz jedoch, Bezirksfachklassen an ohnehin schon großen, zumeist städtischen,
110 Schulstandorten zu konzentrieren hat zur Folge, dass Bildungsangebote in der Fläche
111 reduziert werden. Ziel einer Bildungspolitik, die alle jungen Menschen erreichen will, muss
112 sein, auch den ländlichen Raum als Bildungsstandort zu erhalten. In diesem Zuge muss das
113 Kultusministerium verstärkt darauf achten, dass die gesetzlichen Bestimmungen, die
114 Einzugsbereiche betreffen, umgesetzt werden. Angesichts langer Anfahrtswege, die
115 insbesondere im ländlichen Raum sollte darauf hingewirkt werden, dass der schulische Teil
116 en block stattfindet.

117

118 *Ausbildung findet dort statt, wo lebenslang gelernt werden kann.*

119 In Zukunft wird eine Berufsausbildung, egal ob im dualen System oder in einer
120 Berufsfachschule, nicht mehr den Anforderungen in der Arbeitsweltgerecht werden. Die

Berufsschule muss zu einem Ort werden, die Lernen für Menschen in jeder Altersstufe möglich macht. Neben der eigentlichen Berufsausbildung sollen in Berufsschulen auch Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, welche die Situation vor Ort berücksichtigen und entsprechend darauf reagieren. Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN begrüßt die Erprobung regionaler Berufsbildungszentren und fordert, diese konsequent auszubauen.

Hochschulen

In den vergangenen Jahren hat sich die finanzielle Situation der Hochschulen immer stärker verschlechtert. In letzter Zeit wird als Allheilmittel immer wieder die Einführung von Studiengebühren diskutiert. Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN hält Studiengebühren zwar für ein legitimes Mittel, um die Zahl der Langzeit- und Freizeitstudenten z.B. im Altersruhestand zu steuern; sie sollten jedoch nicht von Studienbeginn an für alle Studenten erhoben werden.

Eine von den Ländern in Auftrag gegebene Studie weist klar darauf hin, dass ein großes Problem des Wirtschaftsstandorts Deutschland der Mangel an Akademikern sein wird. Auch mit Krediten „sozialverträglich“ gestaltete Studiengebühren werden dazu führen, dass weniger junge Menschen studieren und stattdessen vermehrt einen Ausbildungsberuf erlernen. Um dies zu verhindern, muss ein Studium auch in Zukunft attraktiv bleiben. Das Problem besteht nicht in einer zu geringen Qualifikation der Absolventen, sondern in ihrer zu geringen Menge. Daher fordert die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN, vermehrt Anreize zum Studium für begabte junge Menschen zu setzen, anstatt sie mit dem Zwang, weitere Schulden zu machen, abzuschrecken.

Befürwortet wird hingegen eine ansteigende Studiengebühr, die für jedes Semester über der Regelstudienzeit + 4 Semester erhoben wird.

Nach Ansicht der JUNGEN UNION IM KREIS PLÖN sollte die ZVS zugunsten von hochschulinternen Vergabesystemen aufgelöst werden. Als Richtlinien für die Vergabe sollte hierbei nicht nur die Abitur-Gesamtnote berücksichtigt werden, sondern die für das jeweilige Studienfach erforderlichen Qualifikationen berücksichtigt werden. Dies kann mit Hilfe eines aus den einzelnen Abiturnoten individuell errechneten Eignungsschlüssels geschehen, oder alternativ mit für jedes Studienfach speziell zurechtgeschnittenen Aufnahmeprüfungen.

153 Dies gewährleistet bestmöglich, dass die Studenten für das von ihnen gewünschte
154 Studienfach geeignet sind und verhindert unnötige Studienfachwechsel und -abbrüche.
155 Trotzdem soll der Grundsatz fortbestehen, dass die allgemeine Hochschulreife zu jedem
156 Studium berechtigt.

157 Insgesamt soll die Eigenverantwortung der Hochschulen nicht nur in Bezug auf die
158 Zulassungsregelungen gestärkt werden. So sollen Professorinnen und Professoren künftig
159 von den Hochschulen selbst, und nicht länger vom Bildungsministerium berufen werden
160 und die Stellung der Rektorate und Dekanate verbessert werden.

161

162 Die JUNGE UNION IM KREIS PLÖN spricht sich für die versuchsweise Einführung von
163 Bachelor- und Masterstudiengängen aus. Dabei sollte in Fachhochschulen der Bachelor-, in
164 Universitäten der Master Regelabschluss sein, um die erfolgreiche deutsche Aufteilung in
165 praxisbezogene FH-Studiengänge und wissenschaftliche Uni-Studiengänge zu bewahren.
166 Trotz der versuchsweisen Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen muss es
167 weiterhin möglich sein, die gleichen Studienfächer auch als Diplom- bzw. Magisterstudium
168 durchzuführen, bzw. einen Doppelabschluss zu machen. Eine Entscheidung zwischen den
169 Systemen ist nicht notwendig, da sich dies über Angebot und Nachfrage der Studenten
170 und der Wirtschaft selbst regulieren wird.

171 Die Diplomstudiengänge sind jedoch dahingehend zu ändern, dass durch die Einführung
172 von ECTS-Punkten der Wechsel an eine andere europäische Universität vereinfacht wird.

173 **Finanzierung**

174 Der Rückstand des Bildungsstandortes Schleswig-Holstein lässt sich nach Ansicht der
175 JUNGEN UNION IM KREIS PLÖN nicht kostenneutral verbessern. Die besseren Ergebnisse
176 in anderen Ländern sind nicht nur auf andere Konzepte, sondern auch auf höhere
177 Investitionen zurückzuführen. Die in den nächsten Jahren rückläufigen Schülerzahlen sind
178 daher auf keinen Fall dazu zu nutzen, die Bildungsausgaben weiter zu senken, sondern die
179 Bildungsqualität zu steigern.